

Vorbereitungen zur Wahl und Friedensprozeß gehen weiter

Hun Sens Akzeptanz einer Rückkehr Ranariddhs hat dazu beigetragen, daß der Friedensprozeß in Kambodscha weitergehen kann. Diese Meinung vertraten verschiedene politische Beobachter und Experten in Phnom Penh.

Von diesen wurde vorsichtiger Optimismus geäußert, was die Rückkehr Ranariddhs angeht, sie sehen aber immer noch bedeutende Hindernisse für eine Konsolidierung der Lage, insbesondere das anhängige Verfahren gegen Ranariddh sei ein Problem. »Es ist vielversprechend, aber wenn es nicht bald Fortschritte in dem Verfahren gibt, wird sich nichts ändern«, sagte ein westlicher Rechtsexperte.

Streit um die Konditionen für die Rückkehr Ranariddhs verursachte zunächst einen Stillstand, wobei Hun Sen mitteilte, Ranariddh würde verhaftet werden, sollte er ins Land zurückkehren. Vertreter des Prinzen sagten, daß erwartet werde, daß Ranariddh in den nächsten Wochen nicht Kambodscha zurückkehre.

Ein asiatischer Diplomat sagte in Phnom Penh, daß der offensichtliche Durchbruch das

Resultat »kreativer Diplomatie« Japans sei. »Sowohl die Bedürfnisse Hun Sens als auch diejenigen der internationalen Gemeinschaft werden dabei berücksichtigt. Der Druck von außen war ziemlich stark, besonders das Insistieren auf die Teilnahme aller Parteien einschließlich Ranariddhs. Hun Sen konnte dies nicht ignorieren«. Andere meinten, Hun Sen sei auf japanische Hilfe bei den Wahlvorbereitungen angewiesen. Dies sei seine Motivation gewesen. Ein westlicher Experte meinte, es habe eindeutig mit den japanischen Beiträgen zur Wahl zu tun. »Japan hat unmißverständlich klar gemacht, daß es die Wahlen nicht unterstützen werde, wenn Ranariddh nicht zurückkehren kann«.

Der japanische Vorschlag hängt aber von einem Verfahren gegen Ranariddh ab. Der Prinz muß bis zum 20. März zurückkehren, wenn er sich rechtzeitig für die Wahlen registrieren lassen will. Bis jetzt wurde das Verfahren gegen ihn ständig zurückgestellt und es ist noch kein neuer Gerichtstermin veröffentlicht worden. Wenn das Verfahren nicht bald

stattfindet und die erwartete Amnestie durch König Sihanouk nicht ausgesprochen wird, muß Ranariddh mit einer Verhaftung bei seiner Rückkehr rechnen. »Ranariddh ist im Grunde eine Geisel des Gerichts. Er kann nichts tun, solange das Verfahren über ihm schwebt«, sagte ein kambodschanischer politischer Experte.

Offizielle Vertreter der FUNCINPEC teilten auf einer Pressekonferenz mit, sie hätten mit großen logistischen Problemen zu rechnen, da ein großer Teil des Parteimaterials und der Ausstattung beim Juliputsch zerstört wurden. Lu Laysreng, ein Vertreter Ranariddhs, sagte, daß die Partei weder Helikopter noch Fernseh- oder Radiostationen nutzen könne. Wenn Ranariddh wegen dieser Mißstände eine harte Wahlkampagne zu führen hat oder sogar verhaftet werden sollte, kann er sich der Sympathie des Volkes sicher sein. »Das Volk sympathisiert mit Opfern, und er ist in ihren Augen ein Opfer«, sagte ein kambodschanischer Kommentator.

Vgl. RTR, 18.2. 98

nachrichten

Thailand sagt Unterstützung

ZU

Premierminister Chuan Leekphai sagte am 16. Februar 1998 Thailands volle Unterstützung für den Nachbarn Kambodscha zu. Chuan, 59, sagte in einem Interview am Regierungssitz, daß seine Koalition stabil genug sei, um unmittelbare Aufgaben zu erfüllen und seinen Nachbarn zu Hilfe zu kommen. Er sagte zu, daß seine Regierung das in ihrem Rahmen Mögliche tun werden, das politische Patt in Kambodscha lösen zu helfen.

Als ein Mitglied der ASEAN habe sich Thailand immer an die Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten gehalten. »Aber als ein Mitglied der ASEAN-Troika (Thailand, Indonesien, Philippinen), und wegen bestimmter Erwartungen der ASEAN-Familie im Falle Kambodschas sind wir verpflichtet worden, uns um die Angelegenheit zu kümmern«, sagte er in Bangkok. Er fügte hinzu, daß Kambodscha der unmittelbare Nachbar sei, so daß Thailand tun werde, was es kann, um dort Frieden, Fortschritt und Stabilität zu fördern.

Am 13.2. 98 traf Chuan mit Ranariddh in Bangkok zusammen. Er versicherte dem Prinzen, daß dieser seine volle Unterstützung für seine Absicht habe, nach Phnom Penh zurückzukehren und an den Wahlen teilzunehmen.

Vgl. RTR, 16.2. 98

ASEAN macht Vorschlag zur Wahl

Südostasiatische Regierungen haben einen Kompromißvorschlag unterbreitet, um es Ranariddh zu ermöglichen, an den Wahlen im Juli teilzunehmen. Die Philippinen, Indonesien und Thailand versuchten damit, angesichts Hun Sens Beharren auf einer Verhaftung Ranariddhs, den Stillstand in den Verhandlungen zu unterbrechen. ASEAN legte es Hun Sen dringend nahe, alle Gruppierungen an der Wahl teilnehmen zu lassen, um sie glaubwürdig erscheinen zu lassen.

»Das vielleicht beste Szenario ist, daß Ranariddh, falls Hun Sen ihn wirklich verhaften lassen wolle, in der ersten Märzwoche Abwesenheit verurteilt wird, um dann in der zweiten Märzwoche begnadigt zu werden«, sagte der philippinische Außenminister Domingo

Siazon. Dies würde Ranariddh erlauben, die »deadline« am 20. März für die Wahlregistrierung einzuhalten.

Siazon, der indonesische Außenminister Ali Alatas und ihr thailändischer Kollege Surin Pitsuwan machten diesen Vorschlag auf einer Pressekonferenz, nachdem sie Gespräche über die Situation Kambodschas geführt hatten. Die Troika traf sich auch mit einer Gruppe von 11 Staaten, die sich »Freunde Kambodschas« nennt. Dieser gehören Japan, die USA, die Europäische Union und Rußland an.

Die ASEAN hatte im letzten Jahr wegen der internen Situation den Beitritt Kambodschas verschoben. Ali Alatas stritt ab, das die ASEAN sich in die inneren Angelegenheiten Kambodschas einmischen würde. Er sagte, es sei notwendig,

sich Gewißheit über Ranariddhs politisches Schicksal zu verschaffen. Ob er einen Prozeß bekommt und verurteilt wird, sei Sache der Kambodschaner. Da mische man sich nicht ein. »Wir wollen bloß wissen, was passieren wird«, sagte er auf der Konferenz.

In einer gemeinsamen Verlautbarung begrüßte die Troika Ranariddhs Absicht, nach Kambodscha zurückkehren zu wollen und forderte Hun Sen auf, Ranariddhs Teilnahme an den Wahlen sicherzustellen.

Die »Freunde Kambodschas« betonten die Notwendigkeit der Teilnahme oppositioneller Kräfte an den Wahlen. Wenn dieses Problem nicht gelöst werden könne, sehe man sich gezwungen, die Unterstützung für den Wahlprozeß neu zu überdenken.

Vgl. RTR, 15.2. 98